

16. Oktober 2017

PRESSEMITTEILUNG

Zentralrat erwartet umfassende Aufklärung im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen seinen Landesverband in Schleswig-Holstein

Im Zusammenhang mit den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen einen Mitarbeiter des Verbands Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Schleswig-Holstein, erwartet der Zentralrat die ordnungsgemäße und rechtsstaatliche Aufklärung der Vorwürfe. Für den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und seine Vorstandsmitglieder ist es selbstverständlich, dass mit öffentlichen Geldern verantwortungsvoll umgegangen und die Verwendung sorgfältig dokumentiert wird. Diese Prinzipien gelten ebenso in den Mitgliedsorganisationen. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma erwartet nach Abschluss der Ermittlungen, dass dann gegebenenfalls innerhalb des Vereins auch Entscheidungen in Bezug auf die Verantwortlichkeiten erfolgen.

Unverständlich sind in diesem Zusammenhang die Aussagen des Piraten-Politikers Wolfgang Dudda, der vom NDR im Kontext der Ermittlungen mit der Aussage zitiert wird, Sinti und Roma hätten „eine andere Historie, sie denken anders, fühlen anders. (...) Aber trotzdem gibt es eine Bringschuld, sie müssen sich auch anpassen.“

Dudda suggeriert mit dieser Aussage nicht nur einen Zusammenhang zwischen strafbaren Handlungen und der Abstammung bzw. Minderheitenzugehörigkeit der Täter, der mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbar ist: „In unserem Rechtsstaat hat nur der Einzelne sein Fehlverhalten zu vertreten, nicht seine ethnische, religiöse oder andere Gruppe oder Minderheit, der er zugehört oder von der er abstammt“ so der Vorsitzende des Zentralrats, Romani Rose. Dudda reproduziert damit auch ein traditionelles antiziganistisches Stereotyp, dass nämlich Sinti und Roma auch nach ihrer 600-jährigen Geschichte nicht integriert seien. Damit setzt Dudda eine Politik der Ausgrenzung fort, die nicht länger akzeptiert werden könne, so Rose.

Jara Kehl

Wissenschaftliche Mitarbeiterin